

KULTUR STATT POLITIK?

von Jürgen Fischer

Abheben? Abfliegen? Oder sich in den Dickichten des kleinen und oft kleinlichen Alltags verstricken? Immer wieder sich an Argumenten zu reiben wie „So sind aber die Vorschriften“, „Das sind nicht meine Kompetenzen“, „Dafür kann ich aber keine Verantwortung übernehmen!“, immer wieder im täglichen Kleinkrieg anzurennen gegen das ewige „Es geht nicht!“, um am Ende doch so gut wie nichts zu bewirken und jenen recht zu geben mit ihrem immerwährenden ES GEHT NICHT: „Wir haben es doch gleich gesagt!“

Oder sich erheben auf die Ebene der Träume, der Theorien, des „man müsste eigentlich“? Unbehelligt von den Widrigkeiten des Alltags Analysen und Prognosen erstellen, darüber nachzudenken, wie es eigentlich gehen müsste, wie es sein könnte. Offenbarungen, Verkündigungen, Prophezeiungen.

Es gibt noch einen dritten Weg: Sich je nach Gusto in eine Machtposition hochzudienen oder hochzukämpfen, die nach beidem nicht fragen muß, sondern innerhalb des eigenen Spielraumes nach praktischem Kalkül Interessen durchsetzt.

Nach diesem Muster strukturiert sich dann eine Welt, in der sich die einen ausgeliefert fühlen - vielleicht nennen sie das auch Geborgenheit, die anderen enttäuscht sind, weil ihre Erkenntnisse und Ideale keine Wirkung zeigen - vielleicht erwarten sie diese auch gar nicht und die dritten gelegentlich fassungslos vor den Folgen ihrer Taten stehen: „Das haben wir nicht gewollt“ - aber vielleicht bemerken sie diese auch gar nicht.

Gewiß ist das eine leicht frustrierte und wohl auch etwas vereinfachte Wertung, die sich ein wenig *zu* geradlinig aus empirischen Beobachtungen herleitet. Doch die gegenwärtige politische Situation ist so, daß wir alle gehalten sind, sehr ernsthaft über Wege und Möglichkeiten zukünftiger demokratischer Entwicklung nachzudenken. Machtansprüche ergeben sich aus dem Votum von Minderheiten. Indem sich immer weniger Leute an Wahlen beteiligen, werden „Mehrheitsentscheidungen“ mehr und mehr zur Willensbekundung einer ziemlich scharf umgrenzten politischen Klientel, die eben keineswegs mehr - gemessen an der Gesamtbevölkerung - mehrheitliche Interessen zum Ausdruck bringt. Ämterverteilung ergibt sich nicht aus der Frage nach Kompetenz, sondern ist das Ergebnis von Rechenaufgaben und wo die Arithmetik nicht mehr weiterführt, helfen notfalls Richtersprüche beim persönlichen Machterhalt.

In der Geschichte der Menschheit gab es zahllose unterschiedliche Versuche, gesellschaftliches Leben zu organisieren, und das war keineswegs nur der geradlinige Weg von einer „naturwüchsigen“ Stammesdemokratie in die totale Entfremdung des modernen Technologiezeitalters, in der der einzelne nicht mehr verantwortlich gemacht werden kann für politische Fehlentscheidungen, die ganzen Völkern das Leben kosten, ganze Bevölkerungsteile an den Rand des Ruins führen können, der dann aber stürzt über den läppischen Vorwurf minimaler privater Bereicherung. Wohl gemerkt - ein Recht, das den Ladendieb ebenso behandelt wie den Politiker, der sich aus der Portokasse seines Amtes bedient, ist hoch zu schätzen. Aber wenn politisches Handeln nicht mehr daran gemessen werden kann, wie erfolgreich es Probleme des gesellschaftlichen Zusammenlebens löst, weil „Erfolg“ nicht mehr zu definieren ist, allenfalls in Macht und Geld, wenn die Stabilität der Demokratie nur solange gesichert ist, solange sie sich an Wohlstand bindet, so stellt sich schon die Frage nach dem Sinn von Strukturen angesichts einer Welt, in der sich Konflikte zunehmend verschärfen, die mit den alten Methoden nicht mehr zu beherrschen sind.

Die Problematik ist übergreifend. Sie bezieht sich nicht nur auf Fragen gegenwärtiger Tagespolitik und das offenbare Fehlen von Visionen für zukünftige Entwicklungen, sie betrifft ebenso - insbesondere auch im Osten - die fehlende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Das Schreckbild vom Oktober 1989 sitzt noch tief im Gedächtnis: Als die Greise der „Partei- und Staatsführung der Deutschen Demokratischen Republik“ auf den Trümmern eines schon zusammengebrochenen politischen und wirtschaftlichen Systems in ihrem eunuchenhaften Diskant verkündeten, die DDR sei noch nie so stark und erfolgreich gewesen wie gerade jetzt. - Wie in der letzten Schmiere wurden am Staatsfeiertag als FDJler verkleidete Wehrpflichtige nach ihrem Vorbeimarsch an der Ehrentribüne durch die Seitenstraßen gescheucht, um am anderen Ende der Paradestrecke jubelnd wieder aufzutauchen, damit der Zug der glücklichen Werktätigen möglichst lang erschiene. - Heute vollzieht sich die „Aufarbeitung“ jenes Kapitels deutscher Geschichte auf juristische Weise, indem der Frage nachgegangen wird, welche Berechtigung Spitzenfunktionäre hatten, in Staatsforsten auf Hasenjagd zu gehen, in der medienbestimmten öffentlichen Auseinandersetzung, indem die moralische Wertung des DDR-Bürgers auf das Kürzel „IM oder nicht“ reduziert wird und auf politische Weise, indem tatsächliche Auseinandersetzung gar nicht erst versucht, sondern allenfalls durch Ausgrenzung oder Tabuisierung von Perso-

nen vorgespiegelt wird.

Innerhalb dieser Gesamtsituation muß man schon damit rechnen, romantischer Wende-Nostalgie bezichtigt zu werden, wenn man sich einer anderen Form von Demokratie erinnert, die zahlreichen Menschen vor nur drei Jahren sehr viel bedeutet hat: Improvisiert, aus der Not der eigenen Lage heraus, entstanden damals in Betrieben, Kommunen, auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens die „Runden Tische“, an denen sich Bürger mit durchaus unterschiedlichen Haltungen und Interessen zusammenfanden, um die Situation zu analysieren, Lösungen zu suchen und Maßnahmen in die Wege zu leiten, gesellschaftliches Leben zu organisieren.

Die Geschichte hat gezeigt: Die „Runden Tische“ sind in Deutschland wohl auf lange Zeit als staatstragende Form politischer Kultur noch nicht geeignet. Und die Verhältnisse haben sich ja ohnehin grundlegend geändert. Niemand (?) will heute die politischen Grundlagen unserer Gesellschaft, wie sie im Grundgesetz niedergeschrieben sind, beseitigen. Aber man sollte den Text ab und an wieder lesen, bevor er womöglich doch geändert wird: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit auf der Welt... Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt ... Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“

Da aber liegt auch das Problem: Zunächst erleben wir als ehemalige DDR-Bürger einen unvergleichlich größeren Spielraum individueller Freizügigkeit als wir ihn je gewohnt waren. Zugleich zeigt sich, daß die Realisierung eines solchen Anspruches, wie ihn das Grundgesetz formuliert, nicht nur der Verantwortung einiger „Fachleute“ obliegen kann, sondern entweder in der alltäglichen Praxis einer Gesellschaft tatsächlich gelebt wird oder beschriebenes Papier bleibt. Und es fragt sich, ob wir uns mit der Realisierung derartiger Ideale im eigenen umfriedeten Gärtchen bescheiden dürfen oder welche Verantwortung wir im Namen dieser Ideale gegenüber all denen haben, die tagtäglich verhungern, vergewaltigt, eingesperrt, ermordet werden oder in Armut, ohne Arbeit und Hoffnung ein menschenunwürdiges Dasein fristen.

Welche Form können wir als Bürger finden, in diesem gesamten gesellschaftspolitischen Kräftefeld aktiv zu sein? Gemeint ist dabei nicht eine Initiative von „unten“, die sich gegen ein wie auch immer geartetes „Oben“ ihre Rechte erkämpft, sondern eine Form des Zusammenschlusses all derer, die es ernst meinen mit der persönlichen Verantwortung für den Nachbarn, die Menschheit, für unser Europa, für die Welt in ihren humanen und natürlichen Dimensionen. Dieser Zusammenschluß ist kein Gegenentwurf zum herrschenden Parteiensystem, keine „Überpartei“, die von sich behauptet, die wichtigsten Problemlösungen in der Tasche zu haben. Er kann nur der Versuch sein, das eingangs konstatierte Nebeneinander unterschiedlicher Lebenssphären in Berührung zu bringen, um aus der Begegnung, der Auseinandersetzung, der gemeinsamen Suche nach Wegen Entfremdung zu überwinden, das individuelle Engagement für die Welt von morgen zu stärken und dabei kann die Erinnerung an die „Runden Tische“ von großem Nutzen sein.

Der Zusammenschluß des arbeitslosen Jugendlichen mit dem Politiker, dem Künstler, dem Unternehmer, dem Kirchenmann, der Hausfrau, dem Wissenschaftler und dem Asylanten, welcher sich innerhalb der heimatlichen Region und im Kontakt zu Gleichgesinnten in anderen Ländern und Gegenden verwirklicht, ist die Basis für die Wirksamkeit dieses Gedankens. Während eines Gesprächs mit einem führenden Kulturpolitiker in Thüringen, das jenen Problemkreis zum Inhalt hatte, entstand der Slogan „Kultur statt Politik“, welchem er vehement widersprach. Sicher zu Recht. Politisches Handeln ist eine notwendige Form der Organisation gesellschaftlichen Lebens, die durch nichts anderes zu ersetzen ist. Aber schon die Frage, ob Politik in einen hemmungslosen Machiavellismus verfällt, ob sie als Parteipolitik den Machtkampf verschiedener Gruppierungen zum Ausdruck bringt oder ob sie als Staatspolitik übergeordneten Maßstäben folgt - woran sich die Frage knüpft, wer diese Maßstäbe bestimmt - hat eine ausgeprägt kulturelle Dimension.

Führt man diese Gedanken nun weiter, so festigt sich die Idee, einen Verband in Vorschlag zu bringen, der durch seine Aktivitäten eine Vielfalt menschlicher Lebensinteressen anspricht. Auf einem solchen Wege sind die Möglichkeiten einer „Denkfabrik“ zu verbinden mit dem Engagement für konkrete, praktische Problemlösungen, mit der Lust am sinnlichen Erleben, mit der permanenten Suche nach neuen Wegen einer (selbstbewußten Existenz, die sich aus der steten Begegnung mit verschiedenartigen Kulturen und kulturellen Lebensformen ergibt. Und darin liegt politische Bedeutung. - Darüber nachzudenken und zu diskutieren, könnte e i n Gegenstand der Thüringer Kulturkonferenz am Ende dieses Monats sein.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 1/6 Juni 1993,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>